



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

## Beschluss-Protokoll

der 9. Sitzung, Amtsjahr 2007-2008

Mittwoch, den 7. November 2007, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*  
*Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin*

**Abwesende:**

7. November 2007, 09:00 Uhr *Andreas Albrecht (LDP), Thomas Baerlocher (SP), Sibylle Benz (SP), Claude François Beranek (LDP), Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis), Désirée Braun (SVP), Ugur Camlibel (Grünes Bündnis), Beatriz Greuter (SP), Brigitte Heilbronner (SP), Stephan Maurer (DSP), Greta Schindler (SP), Mehmet Turan (SP), Guido Vogel (SP).*

7. November 2007, 15:00 Uhr *Andreas Albrecht (LDP), Claude François Beranek (LDP), Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis), Désirée Braun (SVP), Sebastian Frehner (SVP), Brigitte Heilbronner (SP), Rolf Janz (SVP), Dominique König (SP), Stephan Maurer (DSP), Greta Schindler (SP), Guido Vogel (SP).*

**Verhandlungsgegenstände:**

- |    |   |   |
|----|---|---|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.  | 2 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte.  | 4 |
| 3. | Schreiben des Regierungsrates betreffend Wahl des baselstädtischen Mitglieds des Ständerates vom 21. Oktober 2007 - Validierung.  | 5 |
| 4. | Initiative "Zum Schutz der Basler Herbstmesse".   | 5 |
| 5. | Initiative "Für die Umzonung des Landhofs: Der Landhof bleibt grün".  | 6 |
| 6. | Ratschlag Umsetzungsbericht betreffend Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und Entwurf zu Änderungen A Schulgesetz; B Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen (EG/ELG); C Waldgesetz Basel-Stadt (WaG BS); D Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz). | 7 |

7.	Ratschlag betreffend Gewährung von Staatsbeiträgen an den Verein Familien- und Erziehungsberatung für die Jahre 2008 bis 2011.	9
8.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Allgemeinen Bibliotheken der GGG (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) für die Jahre 2008 - 2011	10
9.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Musik-Akademie der Stadt Basel für die Jahre 2008 - 2011.	10
10.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag 07.0922.01 zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG).	12
12.	Motionen 1 - 4.	13
11.	Neue Interpellationen.	14
12.	Motionen 1 - 4.	15
13.	Anzüge 1 - 18.	17
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	24
	Anhang B: Neue Vorstösse	26

## 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[07.11.07 09:04:02, MGT]

### Mitteilungen

*Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin:* ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

### Neues Ratsmitglied

Ich habe die Freude, mit **Rudolf Vogel** (SVP) ein neues Mitglied in unserem Rat zu begrüssen und bitte den Angesprochenen, sich kurz von seinem Sitz zu erheben. *[Applaus]*

Rudolf Vogel nimmt den den Platz des zurückgetretenen Hans Egli ein.

Ich bitte um eine gute und freundliche Aufnahme und wünsche dem neu eingetretenen Mitglied des Grossen Rates viel Erfolg und Befriedigung in seinem Amt.

### Rücktritt

Noëmi Sibold tritt als Mitglied des Grossen Rates auf den 30. November 2007 zurück.

Noëmi Sibold war Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission und gehörte dem Rat seit Februar 2004 an. Sie tritt aus beruflichen Gründen zurück, weil sie künftig im Archiv für Zeitgeschichte in Zürich arbeiten wird.

Ich danke der Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste. *[Applaus]*

### Gratulation

Am 21. Oktober haben die Basler Stimmberechtigten die fünf Mitglieder des Nationalrates und ein Mitglied des Ständerates gewählt. Ich gratuliere den Gewählten, insbesondere aber unseren beiden Ratsmitgliedern Anita Lachenmeier und Peter Malama, ganz herzlich und wünsche auch ihnen viel Erfolg und Befriedigung in ihrem Amt. *[Applaus]*

### Geburtstag

Bruno Mazzotti feierte am letzten Wochenende seinen 65. Geburtstag und investiert seine erste AHV-Rente heute morgen in einen Kaffee, Tee oder - wie er sich ausdrückte - andere geistige Getränke zugunsten des Grossen Rates. Wir gratulieren ihm herzlich und danken für die grosszügige Geste. *[Applaus]*

### Mäss-Mogge

Oskar Herzig hat den Grossen Rat heute morgen mit einem Mäss-Mogge daran erinnert, dass in Basel Herbstmäss ist. Wir danken auch ihm für die nette Geste, freue mich besonders über die Farbe meines Mäss-Mogge und ich hoffe, dass Sie der Mäss-Mogge beim Sprechen in diesem Parlament nicht behindert. *[Applaus]*

### Skiwochenende des Grossen Rates in Klosters

Sie haben alle eine Anmeldung für das Skiwochenende in Klosters vom 1. - 3. Februar 2008 erhalten. Bislang sind nur wenige Anmeldungen eingegangen. Ich bin gebeten worden, Werbung für diesen stets so gelungenen Anlass zu machen und Sie zu ermuntern, sich zahlreich anzumelden. Anmeldeformulare finden Sie hier vorne auf dem Tisch des Hauses.

### **Bildaufnahmen**

Ich habe Telebasel gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

### **Neue Interpellationen**

Es sind 7 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 94 - 96 werden mündlich beantwortet.

### **Verzicht auf Zwischenfragen bei Interpellationen**

Nachdem der Rat seit etwas mehr als einem Jahr die Zwischenfrage gemäss § 29 der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung kennt, hat das Ratsbüro die Anwendung dieses Instrumentes rückblickend beurteilt und festgestellt, dass sich kein Handlungsbedarf für Praxisänderungen aufdrängt. Insbesondere sind Zwischenfragen bei Interpellationen nicht zulässig, weil dort die Möglichkeit besteht, Diskussion zu beantragen. Ebenso werden der Wortlaut der Zwischenfragen und die darauf erteilten Antworten in der Regel nicht protokolliert. Diese Präzisierungen zur Anwendung von § 29 werden bei einer sich bietenden Gelegenheit in die Ausführungsbestimmungen übernommen.

### **Tagesordnung**

*Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin:* Wie bereits auf der Tagesordnung vermerkt, beantragt Ihnen das Ratsbüro im Sinne von § 20 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung die Geschäfte 3, 4 und 5 dringlich zu behandeln. In allen drei Fällen konnte die in der Geschäftsordnung vorgesehene Frist von drei Wochen für die Zustellung der Anträge und Berichte nicht eingehalten werden. Im Fall der beiden Initiativen deshalb, weil die rechtliche Zulässigkeit erst vor drei Wochen beschlossen werden konnte und im Falle der Validierung der Ständeratswahl, weil die Frist für die Einsprachen erst letzte Woche abgelaufen ist. Wir sollten die Wahl in den Ständerat aber heute validieren, damit Anita Fetz am 3. Dezember an der Eröffnungssitzung des Ständerates teilnehmen kann.

Für die Dringliche Behandlung dieser drei Geschäfte ist ein Zweidrittelmehr erforderlich. Da keine anderslautenden Anträge gestellt wurden, lasse ich über die dringliche Behandlung der drei Geschäfte gemeinsam abstimmen.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, die Geschäfte 3, 4 und 5 dringlich zu behandeln.

*Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin:* Zusätzlich beantragt Ihnen das Ratsbüro die schriftliche Beantwortung der Interpellation Nr. 88 von Beat Jans betreffend Zeitplan und Grundlage für eine emissions- und verbrauchsabhängige Motorfahrzeugsteuer als 24. Traktandum zu behandeln. Dieses Geschäft wurde irrtümlicherweise nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Im weiteren beantragt Ihnen das Ratsbüro, die Traktanden 18 und 19, die Beantwortung der Interpellationen Nr. 85 von Alexander Gröflin und Nr. 91 von Peter Zinkernagel gemeinsam zu behandeln, da sie das gleiche Thema beinhalten und der Regierungsrat dazu ein gemeinsames Schreiben verfasst hat.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Tagesordnung mit Geschäft 24 zu ergänzen sowie die Geschäfte 18 und 19 zusammen zu behandeln.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen.**

## 2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[07.11.07 09:11:52, ENG]

### Zuweisungen

*Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission:* beantragt, den Ratschlag betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes (Geschäftsverzeichnis Ziffer 16, 06.1706.01) **der Finanzkommission zum Mitbericht** zuzuweisen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Ratschlag betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes 06.1706.01 der Gesundheits- und Sozialkommission sowie **der Finanzkommission zum Mitbericht** zuzuweisen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die übrigen Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen**.

### Kenntnisnahmen

#### Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Nachrücken von Rudolf Vogel als Mitglied des Grossen Rates (Nachfolge von Hans Egli). (07.5279.02)
- Rücktritt von Noëmi Sibold als Mitglied des Grossen Rates per 30. November 2007. (07.5318.01)
- Rücktritt von Anita Lachenmeier-Thüring als Mitglied des Grossen Rates per 30. November 2007. (07.5327.01)

## 3. Schreiben des Regierungsrates betreffend Wahl des baselstädtischen Mitglieds des Ständerates vom 21. Oktober 2007 - Validierung.

[07.11.07 09:13:37, 07.1740.01, SCH]

Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen, das im Kantonsblatt vom 24. Oktober 2007 publizierte Ergebnis der Wahl des baselstädtischen Mitglieds des Ständerates vom 21. Oktober 2007 zur Kenntnis zu nehmen und dieses gemäss § 25 des Wahlgesetzes zu validieren, da keine Einsprachen eingegangen sind.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Schreiben **einzutreten**.

### Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Wahl in den Ständerat zu **validieren**.

Demnach wird **Anita Fetz** als Mitglied des Ständerates als gewählt erklärt.

#### 4. Initiative "Zum Schutz der Basler Herbstmesse".

[07.11.07 09:14:39, 07.0720.02, WVI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen.

*Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin:* Die zwei Initiativen (Geschäfte 4 und 5) haben Sie an der letzten Grossrats-Sitzung für rechtlich zulässig erklärt. Gemäss § 18 des Gesetzes über Initiative und Referendum (IRG) hat der Grosse Rat an seiner nächsten Sitzung zu entscheiden, ob er die Initiative sofort dem Volk ohne Empfehlung vorlegen oder sie dem Regierungsrat oder einer Grossratskommission zur Berichterstattung überweisen möchte. Diesen Verfahrensentscheid gilt es heute für beide Initiativen zu fällen.

Voten: *Oskar Herzig (SVP)*

*Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin:* weist darauf hin, dass es lediglich um die Zuweisung an den Regierungsrat geht und nicht um eine materielle Behandlung.

Voten: *RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD)*

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Volksinitiative gemäss § 18 lit. b. IRG **dem Regierungsrat** zur Berichterstattung **zu überweisen**.

#### 5. Initiative "Für die Umzonung des Landhofs: Der Landhof bleibt grün".

[07.11.07 09:23:58, 07.0506.02, WVI]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen.

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*

#### Fraktionsvoten

Voten: *Hansjörg M. Wirz (DSP); Beat Jans (SP)*

*Anita Lachenmeier-Thüring (Grünes Bündnis):* **beantragt**, die Initiative direkt dem Volk zur Abstimmung vorzulegen.

Voten: *Tommy E. Frey (SVP); Stephan Ebner (CVP); Urs Joerg (EVP)*

#### Einzelvoten

Voten: *Andreas Burckhardt (LDP); Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis); RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*

#### Der Grosse Rat beschliesst

mit 63 gegen 39 Stimmen, die Volksinitiative gemäss § 18 lit. b. IRG **dem Regierungsrat** zur Berichterstattung **zu überweisen**.

**6. Ratschlag Umsetzungsbericht betreffend Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und Entwurf zu Änderungen A Schulgesetz; B Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen (EG/ELG); C Waldgesetz Basel-Stadt (WaG BS); D Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz).**

[07.11.07 09:54:15, FKom BKK GSK WAK, FD ED WSD, 06.2111.01, RAT]

Der Regierungsrat und die vorberatenden Kommissionen beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und den Teilrevisionen des Schulgesetzes, des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen, des Waldgesetzes und des Finanzhaushaltgesetzes zuzustimmen.

*Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin:* Ich schlage Ihnen folgendes Vorgehen vor:

In einer Eintretensdebatte erhalten zuerst die Präsidentinnen und Präsidenten der vier vorberatenden Kommissionen das Wort, anschliessend die Vorsteherinnen und Vorsteher der drei dafür zuständigen Departemente. Darauf folgen die Fraktionssprecherinnen und Einzelsprecher, danach haben zuerst die Mitglieder der Regierung und danach die Präsidien der Kommissionen das Schlusswort.

Nach dem Eintreten werden wir die vier Gesetze im Detail beraten und am Schluss die vier Schlussabstimmungen durchführen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, wie vorgeschlagen vorzugehen.

Voten: *Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission; Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission; Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; Regierungspräsidentin Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Urs Schweizer (FDP); Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis); Martina Saner (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

des Grossratsbeschlusses zur Änderung des Schulgesetzes.

Titel und Ingress

Römisch I.

§ 2 Ziff. 1 lit. I

§ 64 Titel sowie Abs. 1 – 2

§ 64 Abs. 3 und 4 (Streichung)

§ 130 Abs. 3

§ 140 Abs. 4 lit. C

Römisch II. Übergangsbestimmungen

Römisch III. Schlussbestimmungen  
Publikations- und Referendumsklausel

**Detailberatung**

des Grossratsbeschlusses zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen.

Titel und Ingress

Römisch I.

§ 2 - 26

Römisch II. Schlussbestimmung

Publikations- und Referendumsklausel

**Detailberatung**

des Grossratsbeschlusses zur Änderung des Waldgesetzes

Titel und Ingress

Römisch I.

Römisch II.

Publikations- und Referendumsklausel

**Detailberatung**

des Grossratsbeschlusses zur Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes

Titel und Ingress

Römisch I.

Römisch II.

Publikations- und Referendumsklausel

**Schlussabstimmung**

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Teilrevision des Schulgesetzes vom 4. April 1929 wird gemäss Antrag des Regierungsrates zugestimmt.

Diese Teilrevision ist zu publizieren und untersteht dem Referendum. Sie wird nach Eintritt der Rechtskraft am 1. Januar 2008 wirksam.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen vom 11. November 1987 wird gemäss Antrag des Regierungsrates zugestimmt.

Diese Teilrevision ist zu publizieren und untersteht dem Referendum. Sie wird nach Eintritt der Rechtskraft am 1. Januar 2008 wirksam.



**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Teilrevision des Waldgesetzes vom 16. Februar 2000 wird gemäss Antrag des Regierungsrates zugestimmt.

Diese Teilrevision ist zu publizieren und untersteht dem Referendum. Sie wird nach Eintritt der Rechtskraft am 1. Januar 2008 wirksam.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Teilrevision des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz) vom 16. April 1997 wird gemäss Antrag des Regierungsrates zugestimmt.

Diese Teilrevision ist zu publizieren und untersteht dem Referendum. Sie wird nach Eintritt der Rechtskraft am 1. Januar 2008 wirksam.

Die beschlossenen Gesetzesänderungen sind im Kantonsblatt Nr. 86 vom 10. November 2007 publiziert.
--

**7. Ratschlag betreffend Gewährung von Staatsbeiträgen an den Verein Familien- und Erziehungsberatung für die Jahre 2008 bis 2011.**

[07.11.07 10:31:52, BKK, JD, 07.0434.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und nicht indexierte Beiträge für die Jahre 2008-2011 von insgesamt CHF 6'800'000 zu genehmigen.

Die SVP beantragt, lediglich einen Betrag von 1'450'000 (insgesamt CHF 5'800'000) jährlich auszurichten.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Alexander Gröflin (SVP); Karin Haeberli Leugger (Grünes Bündnis)*

**Zwischenfrage** von Alexander Gröflin (SVP).

Voten: *Doris Gysin (SP); Daniel Stolz (FDP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Rolf Häring (Grünes Bündnis); Alexander Gröflin (SVP)*

**Zwischenfrage** von Sibel Arslan (Grünes Bündnis).

Voten: *Urs Joerg (EVP)*

**Schlussvoten**

Voten: *RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen, den Antrag der SVP-Fraktion abzulehnen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Verein Familien- und Erziehungsberatung in den Jahren 2008-2011 eine nicht indexierte Subvention in der Höhe von maximal CHF 1'700'000 p.a. auszurichten (Kostenstelle 307C030; Auftrag 307C03091130).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**8. Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Allgemeinen Bibliotheken der GGG (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) für die Jahre 2008 - 2011**

[07.11.07 10:59:08, BKK, ED, 07.1558.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und nicht indexierte Beiträge für die Jahre 2008 - 2011 von insgesamt CHF 16'987'000 zu genehmigen.

Voten: *Urs Joerg, Referent der Bildungs- und Kulturkommission; Annemarie Pfister (Grünes Bündnis); Martin Lüchinger (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, den Allgemeinen Bibliotheken der GGG (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) für die Jahre 2008 bis 2011 eine nicht indexierte Subvention in der Höhe von CHF 4'246'750 p.a. auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**9. Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Musik-Akademie der Stadt Basel für die Jahre 2008 - 2011.**

[07.11.07 11:11:44, BKK, ED, 07.0355.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und für die Jahre 2008 - 2011 indexierte Beiträge von CHF 10'100'000 p.a. zu genehmigen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; Heiner Vischer (LDP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Ziffer 1 Grundsubventionen

Ziffer 2 Übernahme der Personalvorsorgekosten

Ziffer 3 Sachleistungen

Publikations- und Referendums Klausel

*Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin:* hier hat sich im Ratschlag ein Fehler eingeschlichen. Der Grossratsbeschluss untersteht selbstverständlich dem Referendum.

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Musik-Akademie der Stadt Basel werden folgende Beiträge bewilligt:

1. Grundsubvention

Grundsubvention 2008 CHF 10'100'000, davon Personalkostensubvention CHF 9'393'000.

Die Höhe der Personalkostensubvention wird bestimmt durch den Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten der Institution gemäss Budget 2007. Der Anteil beträgt 93 Prozent. Die Grundsubvention wird jährlich, erstmals per 1. Januar 2009, an die Teuerung gemäss Basler Index (Stand November des Vorjahres) angepasst. Dabei werden 75% der aufgelaufenen Teuerung auf dem für Personalkosten vorgesehenen Subventionsanteil, d.h. auf 93% der Subvention, ausgeglichen.

Für die konkrete Berechnung gelten die vom Regierungsrat am 23. März 1999 erlassenen Weisungen.

Kostenstelle 2718420 / Konto 365100 / Statistischer Auftrag: 2718 420 00001

2. Übernahme der Personalvorsorgekosten gemäss effektivem Aufwand

(Beitrag Rechnung 2006 CHF 1'456'000) Kostenstelle 2718420 / Konto 365100 / Statistischer Auftrag: 2718 420 00002

3. Sachleistungen

3.1. Gebäude zur unentgeltlichen Nutzung

Der Musik-Akademie werden folgende Gebäude zur unentgeltlichen Nutzung überlassen (Mietwerte 1. Januar 2008):

Leonhardsstrasse 10: CHF 436'737

Steinengraben 47/Leonhardsstrasse 23: CHF 102'659

Leonhardsgraben 40: CHF 259'974

Baurechtszins Parzelle Sektion II, Nr. 292: CHF 80'520

**3.2. Gewährung eines zinslosen Darlehens**

Gewährung eines zinslosen Darlehens von CHF 815'000 für die 2. Hypothek auf der Liegenschaft Leonhardsstrasse 6 (Stand 1. Januar 2008 / Amortisation HJF 5'000 p.a.). Erneuerung des Grossratsbeschlusses vom 10. Dezember 1953.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

**10. Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag 07.0922.01 zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG).**

[07.11.07 11:26:33, WAK, FD, 07.0922.02, BER]

Die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und die Teilrevision des Steuergesetzes gutzuheissen.

*Voten: Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; Regierungspräsidentin Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Elisabeth Ackermann (Grünes Bündnis); Andreas Burckhardt (LDP); Patrick Hafner (SVP); Regierungspräsidentin Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Lukas Engelberger, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Römisch I

§§ 12 - 234

§ 241a samt Titel 7a

**Antrag**

Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt, § 241a des Kommissionsantrages ersatzlos zu streichen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen, den Streichungsantrag der Fraktion Grünes Bündnis abzulehnen.

Römisch II

Publikations- und Referendums Klausel

**Der Grosse Rat beschliesst**

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz) vom 12. April 2000 wird gemäss Antrag der Kommission zugestimmt.

Diese Teilrevision ist zu publizieren und untersteht dem Referendum. Sie wird mit Eintritt ihrer Rechtskraft wirksam.

Die beschlossenen Gesetzesänderungen sind im Kantonsblatt Nr. 86 vom 10. November 2007 publiziert.

**Besuch auf der Zuschauertribüne**

Die Präsidentin begrüsst auf der Tribüne des Grossratssaals die Klasse 3e des Gymnasiums Leonhard, welche mit ihrem Lehrer Oswald Inglin die Verhandlungen des Rates verfolgt.

**12. Motionen 1 - 4.**

[07.11.07 11:49:30]

**1. Motion Toni Casagrande und Konsorten betreffend Ergänzung des §63 Polizeigesetz.**

[07.11.07 11:49:30, 07.5248.01, NMO]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 07.5248 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Helmut Hersberger (FDP); RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD); Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis); Toni Casagrande (SVP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 67 gegen 18 Stimmen, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

**Sitzungsunterbruch:** 12:02 Uhr

---

**Wiederbeginn der Sitzung**

Mittwoch, 7. November 2007, 15:00 Uhr

**Mitteilungen**

*Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin:* **Anita Lachenmeier** hat auf den 30. November 2007 ihren Rücktritt aus dem Grossen Rat erklärt. Zu ihrer Beförderung auf die nächst höhere Ebene habe ich ihr bereits heute Morgen gratuliert.

Anita Lachenmeier gehört dem Grossen Rat seit 1997 an. Sie war zunächst Mitglied der Verkehrskommission. Sie gehörte während acht Jahren dem Verwaltungsrat der BVB an und als erste und einzige Frau dem Ausschuss des Verwaltungsrates.

Seit 2001 ist sie Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission und seit 2005 präsidiert sie zudem die Petitionskommission.

Zwischenzeitlich präsidierte sie auch die Fraktion.

Wir wünschen Anita Lachenmeier vom Grünen Bündnis, dass sie sich in Bern im Haus aus grünem Sandstein rasch einlebt und den Kanton und die Stadt Basel bald wirkungsvoll und erfolgreich vertreten kann. *[Applaus]*

**11. Neue Interpellationen.**

[07.11.07 15:05:31]

**Interpellation Nr. 94 Peter Jenni betreffend Flohmarkt auf der Kaserne - einfach weg**

[07.11.07 15:05:31, I-94, SiD, 07.5298.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin; RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 07.5298 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 95 Rolf Jucker betreffend Quellensteuer**

[07.11.07 15:10:04, I-95, FD, 07.5304.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Regierungspräsidentin Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Rolf Jucker (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 07.5304 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 96 Patrizia Bernasconi betreffend Änderung des Linien- und Erschliessungsplans (Verkehrsflächenänderung) an der Rosentalstrasse 9-13 / Mattenstrasse, öffentliche Planauflage und Publikation vom 31.10.2007**

[07.11.07 15:15:15, I-96, BD, 07.5309.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD)*

Die Interpellantin ist abwesend.

Die Interpellation 07.5309 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 97 Urs Joerg betreffend Wohnareal Schoren**

[07.11.07 15:19:57, I-97, BD, 07.5310.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 98 Heiner Vischer betreffend Ausstellen der Skulptur "Luminator" in der Schalterhalle des Bahnhofs SBB während der ART Basel und Euro 08**

[07.11.07 15:20:09, I-98, ED, 07.5311.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 99 Sibylle Benz Hübner betreffend die Bewilligungspraxis für Mobilfunkanlagen: Erweiterung der Antennenkapazität auf dem Dach eines Altersheimes**

[07.11.07 15:20:31, I-99, BD, 07.5312.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Sibylle Benz Hübner (SP)*

**Interpellation Nr. 100 Pius Marrer betreffend Fahrverbot für die BVB-Linien 14 und 36 während der Euro 08-Spiele**

[07.11.07 15:21:56, I-100, ED, 07.5313.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

## 12. Motionen 1 - 4.

[07.11.07 15:22:20]

### 2. Motion Mustafa Atici und Konsorten betreffend Einführung von Vorkindergärten in Basel-Stadt.

[07.11.07 15:22:21, 07.5260.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 07.5260 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Andreas Ungricht (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Esther Weber Lehner (SP); Helen Schai-Zigerlig (CVP); Sibel Arslan (Grünes Bündnis); Doris Gysin (SP); Rolf Häring (Grünes Bündnis); Emmanuel Ullmann (FDP); Gabriele Stutz-Kilcher (CVP); Mustafa Atici (SP)*

#### Der Grosse Rat beschliesst

mit 79 gegen 21 Stimmen, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

### 3. Motion Alexander Gröflin und Konsorten zur Erhöhung der Steuerfreibeträge bei der Vermögenssteuer.

[07.11.07 15:49:34, 07.5261.01, NMO]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 07.5261 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Thomas Mall (LDP); Christine Keller (SP)*

**Zwischenfrage** von Andreas Burckhardt (LDP).

Voten: *Heidi Mück (Grünes Bündnis); Christophe Haller (FDP); Regierungspräsidentin Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Alexander Gröflin (SVP)*

#### Der Grosse Rat beschliesst

mit 55 gegen 54 Stimmen, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

### 4. Motion Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Handänderungssteuer von Wohngenossenschaften.

[07.11.07 16:05:50, 07.5263.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 07.5263 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

*Roland Lindner (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Ernst Jost (SP); Helmut Hersberger (FDP); Rolf Häring (Grünes Bündnis); Ernst Jost (SP); Hansjörg M. Wirz (DSP); Jörg Vitelli (SP)*



**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 64 gegen 29 Stimmen, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

**13. Anzüge 1 - 18.**

[07.11.07 16:19:55]

**1. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Anreize für die Pflege schwer kranker, behinderter oder betagter Menschen zu Hause.**

[07.11.07 16:19:55, 07.5249.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5249 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**2. Anzug Philippe Pierre Macherel und Konsorten betreffend die Sicherung und den Ausbau geriatrischer Leistungen zugunsten betagter Menschen, die zu Hause wohnen.**

[07.11.07 16:20:27, 07.5250.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5250 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**3. Anzug Christophe Haller und Konsorten betreffend Überprüfung Standorte Universität Basel.**

[07.11.07 16:20:51, 07.5251.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 07.5251 entgegenzunehmen.

Voten: *Christine Wirz-von Planta (LDP); Sibylle Benz Hübner (SP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

*Christophe Haller (FDP):* zieht den Anzug zurück.

Der Anzug 07.5251 ist **erledigt**.

**4. Anzug Andrea Bollinger und Konsorten betreffend Schaffung eines Lehrstuhls für Palliativmedizin.**

[07.11.07 16:36:31, 07.5254.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5254 entgegenzunehmen.

*Rolf von Aarburg (CVP)* : beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Philippe Pierre Macherel (SP); Andrea Bollinger (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**5. Anzug Michael Martig und Konsorten betreffend neues Altersleitbild für den Kanton Basel-Stadt.**

[07.11.07 16:45:05, 07.5255.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5255 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**6. Anzug Michael Martig und Konsorten betreffend Zwischenbilanz RAI / RUG.**

[07.11.07 16:45:27, 07.5256.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5256 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**7. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend verstärkten Miteinbezug der Wohngenossenschaften bei der Erstellung neuer und grösserer Wohneinheiten im Kanton Basel-Stadt.**

[07.11.07 16:45:48, 07.5257.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5257 entgegenzunehmen.

*Roland Lindner (SVP)* : beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Christine Keller (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**8. Anzug Alexander Gröflin und Konsorten betreffend Fusionierung der Amtsstellen ULEF-Institut für Unterrichtsfragen und LehrerInnenfortbildung, Volkshochschule und Personal- und Organisationsentwicklung (ZPD).**

[07.11.07 16:49:31, 07.5258.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 07.5258 entgegenzunehmen.

Voten: *Oswald Inglin (CVP)*; *Rolf Häring (Grünes Bündnis)*; *Greta Schindler (SP)*; *Alexander Gröflin (SVP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 15 Stimmen, den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 07.5258 ist **erledigt**.

**9. Anzug Christoph Wydler und Konsorten betreffend Tramquerung Nauenstrasse.**

[07.11.07 16:56:58, 07.5265.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5265 entgegenzunehmen.

*Bruno Mazzotti (FDP)* : beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Christoph Wydler (EVP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 19 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**10. Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend städtebauliche Aufwertung des Aeschengraben zum Boulevard.**

[07.11.07 17:02:52, 07.5266.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5266 entgegenzunehmen.

*Pius Marrer (CVP)*: beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP)*; *Christoph Wydler (EVP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 16 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**11. Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend städtebauliche Aufwertung im Perimeter Steinenvorstadt - Steinentorstrasse.**

[07.11.07 17:11:00, 07.5267.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5267 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**12. Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend Anbindung des Leimentals an den Bahnhof Basel SBB.**

[07.11.07 17:11:25, 07.5268.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5268 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**13. Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Umgang mit Zeuginnen und Zeugen durch die Polizei.**

[07.11.07 17:11:47, 07.5271.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5271 entgegenzunehmen.

*Toni Casagrande (SVP):* beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Brigitte Hollinger (SP); Sibel Arslan (Grünes Bündnis); Helmut Hersberger (FDP); Conradin Cramer (LDP); RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD); Tanja Soland (SP)*

**Besuch auf der Zuschauertribüne**

Ich habe die grosse Freude, auf der Tribüne das Büro des Landrates des Kantons Basel-Landschaft willkommen zu heissen. Die beiden Parlamentsbüros treffen sich zweimal jährlich zu Gesprächen über gemeinsam interessierende Angelegenheiten und ich kann Ihnen versichern, dass uns der Gesprächsstoff nicht so schnell ausgehen wird. *[Applaus]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 60 gegen 30 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**14. Anzug Isabel Koellreuter und Konsorten betreffend kulturelles Erbe aus Arbeit, Gewerbe und Industrie.**

[07.11.07 17:28:17, 07.5272.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5272 entgegenzunehmen.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**15. Anzug GPK betreffend Teilrevision des Finanzkontrollgesetzes.**

[07.11.07 17:28:39, 07.5273.01, NAZ]

Der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates ist bereit, den Anzug 07.5273 entgegenzunehmen.

Der Regierungsrat erklärt, dass er im Falle einer Überweisung einen Mitbericht liefern werde.

*Andreas Burckhardt (LDP):* beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Brigitte Hollinger (SP); Jan Goepfert, Präsident der Geschäftsprüfungskommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit grossem Mehr gegen 16 Stimmen, den Anzug der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates zu **überweisen**.

**16. Christine Keller und Konsorten betreffend Neuordnung der Schulferien - mehr Herbstferien!**

[07.11.07 17:37:17, 07.5274.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 07.5274 entgegenzunehmen.

Voten: *Christine Keller (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 55 gegen 9 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**17. Anzug Jürg Meyer und Konsorten betreffend Mietpreise und Mietansätze gemäss den Unterstützungsrichtlinien (URL) für Sozialhilfebezüglerinnen und Sozialhilfebezügler.**

[07.11.07 17:40:11, 07.5275.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 07.5275 entgegenzunehmen.

*Christine Wirz-von Planta (LDP)* : beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Ruth Widmer Graff (SP)*; *Tommy E. Frey (SVP)*

**Zwischenfrage** von Philippe Pierre Macherel (SP).

Voten: *Urs Müller-Walz (Grünes Bündnis)*; *Patrick Hafner (SVP)*; *Gülsen Oeztürk (SP)*; *Jürg Meyer (SP)*

**Der Grosse Rat beschliesst**

mit 50 gegen 40 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

**18. Anzug Anita Heer und Konsorten betreffend Gerichte beider Basel.**

[07.11.07 18:02:52, 07.5276.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 07.5276 entgegenzunehmen.

*Anita Heer (SP)*: zieht den Anzug zurück.

Der Anzug 07.5276 ist **erledigt**.

**Sitzungsunterbruch**

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf die Fortsetzungssitzung am Mittwoch, 14. November 2007, zu **verzichten**.

Die nachfolgenden Geschäfte werden an der Sitzung vom 5. Dezember 2007 erneut traktandiert:

- Antrag Helen Schai-Zigerlig und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Art. 7 des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden. (07.5252.01)
- Antrag Christine Keller und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend harmonisiertes Vorgehen bei der Vereinfachung des Steuersystems. (07.5262.01)
- Beantwortung der Interpellation Nr. 82 Karin Haeberli Leugger betreffend prekäre Situation von Kursleitenden in Sprach- und Integrationskursen. (ED, 07.5253.02)
- Beantwortung der Interpellation Nr. 84 Heiner Vischer betreffend Vermittlung von Kulturangeboten. (ED, 07.5270.02)
- Beantwortung der Interpellation Nr. 92 Maria Berger-Coenen betreffend Immatrikulation von Absolvent/innen des Staatlichen Abendgymnasiums Basel (Maturitätskurse für Berufstätige). (ED, 07.5289.02)

- Beantwortung der Interpellation Nr. 85 Alexander Gröflin zu Liegenschaften 46 - 66 an der Bäumlhofstrasse. (FD, 07.5278.02)
- Beantwortung der Interpellation Nr. 91 Peter Zinkernagel betreffend Sanierungskonzept und Baustopp der "Wohnsiedlung Bäumlhof". (FD, 07.5288.02)
- Beantwortung der Interpellation Nr. 87 Anita Lachenmeier-Thüring betreffend Verkehrsplanung während der Euro 08. (SiD, 07.5284.02)
- Beantwortung der Interpellation Nr. 90 Andreas Ungricht zur kantonalen Kampagne gegen Rassismus. (SiD, 07.5287.02)
- Beantwortung der Interpellation Nr. 80 Peter Malama betreffend Elisabethenstrasse: Pläne zur Sperrung. (BD, 07.5246.02)
- Beantwortung der Interpellation Nr. 93 Rolf von Aarburg zum Thema Folgen der Gewalt. (JD, 07.5282.02)
- Beantwortung der Interpellation Nr. 88 Beat Jans betreffend Zeitplan und Grundlage für eine emissions- und verbrauchsabhängige Motorfahrzeugsteuer (SiD, 07.5285.01)

Schluss der Sitzung: 18:05 Uhr

Basel, 8. November 2007

Brigitta Gerber  
Grossratspräsidentin

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär

## Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

<b>Direkt auf die Tagesordnung kommen</b>		<b>Komm.</b>	<b>Dep.</b>	<b>Dokument</b>
1.	Initiative "Zum Schutz der Basler Herbstmesse". <i>Weiteres Vorgehen nach dem Beschluss der rechtlichen Zulässigkeit. (Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB).</i>		SiD	07.0720.02
2.	Initiative "Für die Umzonung des Landhofs: Der Landhof bleibt grün". <i>Weiteres Vorgehen nach dem Beschluss der rechtlichen Zulässigkeit. (Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB).</i>		BD	07.0506.02
3.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Allgemeinen Bibliotheken der GGG (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) für die Jahre 2008 - 2011	<b>BKK</b>	ED	07.1558.01
<b>Überweisung an Kommissionen</b>				
4.	Ratschlag und Entwurf betreffend Teilrevision des Gesetzes über den Schutz von Personendaten (Datenschutzgesetz). Anpassung an Schengen/Dublin.	<b>JSSK</b>	JD	05.1024.01
5.	Ratschlag betreffend 4-Jahres Rahmenkredit (2008 bis 2011) für die Informatikvorhaben des Universitätsspitals Basel (USB).	<b>FKom</b>	GD	07.1525.01
6.	Ratschlag betreffend Teilautonomie und Leitungen an der Volksschule. Änderung des Schulgesetzes.	<b>BKK</b>	ED	05.2062.01
7.	Ratschlag betreffend Änderung des Gesetzes über die Krankenversicherung im Kanton Basel-Stadt (GKV).	<b>GSK</b> <i>Mitbericht FKom</i>	WSD	07.0128.01
8.	Ausgabenbericht betreffend die Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Basler Papiermühle für die Jahre 2008 - 2011.	<b>BKK</b>	ED	07.1557.01
9.	Ratschlag Messezentrum Basel 2012.	<b>BRK,</b> <i>Mitbericht FKom</i>	WSD	06.0179.01
10.	Ausgabenbericht betreffend die Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Forum für Neue Medien (plug.in) für die Jahre 2008 bis 2010.	<b>BKK</b>	ED	07.1591.01
11.	Ratschlag betreffend 1. Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Schweizerische Tropeninstitut für die Jahre 2008 - 2011. 2. Weitere Gewährung des Zinserlasses auf der bestehenden kantonalen Hypothek. 3. Investitionsbeitrag an die Laborinfrastruktur des STI.	<b>BKK</b>	ED	07.1562.01
12.	Ratschlag Erhöhung der Beiträge an Anbieter von Spitex- Dienstleistungen, von teilstationären Angeboten und an Pro Senectute Basel im Hinblick auf die Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA).	<b>GSK</b>	GD	07.0717.01
13.	Bericht betreffend Subventionserneuerungen und Betriebskostenbeiträge im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2008 bis 2011 an verschiedene Vereine.	<b>BKK</b>	JD	07.0599.01- 07.0599.09
14.	Luftreinhalteplan der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft: Umsetzung und Weiterentwicklung 2007 und Bericht zum Anzug Eveline Rommerskirchen und Konsorten betreffend Feinstaub.	<b>UVEK</b>	BD	04.1176.03 06.5021.02
15.	Ratschlag und Entwurf betreffend den Erlass eines Gesetzes über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen/SoHaG) sowie Bericht zu zwei Anzügen.	<b>GSK</b>	WSD	07.1592.01 04.7861.03 06.5076.02
16.	Ratschlag betreffend Änderung des Sozialhilfegesetzes vom 29. Juni 2000.	<b>GSK</b>	WSD	06.1706.01



**An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung**

17.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ausgabenbericht Nr. 06.0881.01 Kreuzung St. Jakob-Strasse / Birsstrasse. Verbesserung der Leistungsfähigkeit.	<b>UVEK</b>	BD	06.0881.02
18.	Bericht des Ratsbüros zur Anpassung der Entschädigungen des Grossen Rates. Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates und deren Ausführungsbestimmungen.	<b>Ratsbüro</b>		07.5236.01
19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Kein Vortritt - statt STOP.		SiD	06.5051.02
20.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Engeler und Konsorten betreffend Entlastung der Gemeinde Riehen vom Durchgangsverkehr.		SiD	05.8425.02
21.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Suzanne Hollenstein-Bergamin und Konsorten betreffend eine bessere Zusammenarbeits-Kultur des Theaters Basel.		ED	03.7606.02
22.	Planungsanträge:			
	a) Karin Haeberli Leugger und Konsorten betreffend Schaffung einer Fachstelle für Erwachsenenbildung			07.5296.01
	b) Jörg Vitelli betreffend Tramverbindung Margarethenstich			07.5297.01
	c) Dieter Stohrer betreffend Realisierung einer wettkampftauglichen Schwimmhalle			07.5299.01
	d) Heidi Mück betreffend pädagogischer Unterstützung für Lehrpersonen			07.5300.01
	e) Sibel Arslan betreffend Lehrstellenförderung junger Migrantinnen und Migranten			07.5302.01
	f) Emmanuel Ullmann betreffend Kapitel 4.3 "Stadtwohnen".			07.5301.01
23.	Motion Beat Jans und Konsorten betreffend verbindlicher Einführung des Minergie-P-Standards für sämtliche Neubauten			07.5295.01
24.	Anträge:			
	a) Rolf Janz-Vekony betreffend spezielle Phase für Fussgänger bei Lichtsignalanlagen			07.5290.01
	b) Roland Engeler-Ohnemus betreffend Stärkung des Quartierzentrums Riehen Niederholz			07.5292.01
	c) Christine Keller und Konsorten betreffend genossenschaftlichen Wohnungsbau auf dem Schoren-Areal			07.5293.01
	d) Guido Vogel und Konsorten betreffend Energiegewinnung aus dem Abwasser der Kanalisation			07.5294.01

**Kenntnisnahme**

25.	Nachrücken von Rudolf Vogel als Mitglied des Grossen Rates (Nachfolge von Hans Egli).			07.5279.02
26.	Rücktritt von Noëmi Sibold als Mitglied des Grossen Rates. (auf den Tisch des Hauses).			07.5318.01
27.	Rücktritt von Anita Lachenmeier-Thüring als Mitglied des Grossen Rates. (auf den Tisch des Hauses).			07.5327.01

## Anhang B: Neue Vorstösse

### Planungsanzüge

#### a) Planungsanflug betreffend Schaffung einer Fachstelle für Erwachsenenbildung

07.5296.01

Im Politikplan 2003-2006 gab es ein Aufgabenfeld 2.4 Erwachsenenbildung. Die politischen Ziele dieses Aufgabenfeldes waren wie folgt umschrieben: "Mehr erwachsene Personen, insbesondere der bildungsbenachteiligten Gruppen, bilden sich zwecks Integration in Gesellschaft und Berufswelt weiter." Zentrales Vorhaben im Aufgabenfeld Erwachsenenbildung war der Aufbau einer "Fachstelle für Erwachsenenbildung unter Einbezug der Bildung von Migrantinnen und Migranten". Diese Fachstelle sollte die Weiterbildungsaktivitäten des Kantons planen, koordinieren und mit Blick auf das Problem des schichtspezifischen Zugangs gestalten. Der Aufbau einer Fachstelle für Erwachsenenbildung und die Förderung der Nachholbildung insbesondere für bildungsbenachteiligte Gruppen der Bevölkerung waren die wesentlichen Anliegen und Massnahmen, welche im regierungsrätlichen Leitbild und Handlungskonzept zur Erwachsenenbildung im Kanton Basel-Stadt (20.8.02) vorgestellt wurden. Dem Bericht lag die Arbeit einer Kommission aus Wissenschaftler/-innen und Fachleuten der Erwachsenenbildung zugrunde.

Die Fachstelle Erwachsenenbildung wurde auf Grund der Sparmassnahmen A+L in der letzten Legislaturperiode nicht realisiert. Der Entscheid, auf die Schaffung dieser Fachstelle zu verzichten, war aus bildungspolitischer und wirtschaftlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Bildung ist der Schlüssel zur Integration in Gesellschaft und Beruf. Es braucht eine Vielfalt an Angeboten, die den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden. Es braucht aber gleichzeitig die Fachstelle beim Kanton für die Planung, Koordination, Subventionierung und Qualitätssicherung dieses vielfältigen Angebots. In diversen Kantonen wurden Fachstellen für Erwachsenenbildung eingerichtet. Auch in unserem Nachbarkanton. Die Dienstleistungen dieser Fachstellen werden von Fachleuten positiv bewertet.

Im Politikplan 2007 - 2010 heisst eines der drei politischen Ziele im Aufgabenfeld 2.3 "Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung" des ED: "Mehr Erwachsene, besonders aus bildungsbenachteiligten Gruppen bilden sich weiter." Das Integrationsgesetz, das per 1.1.2008 in Kraft tritt, enthält einen konkreten Auftrag und ist ein wichtiges Instrument, diesem Ziel näher zu kommen als bisher.

Die Unterzeichnenden beauftragen den Regierungsrat, die Schaffung einer Stelle für Erwachsenenbildung wieder in den Politikplan aufzunehmen.

Karin Haeberli Leugger, Maria Berger-Coenen, Hansjörg M. Wirz, Urs Joerg, Rolf Häring

#### b) Planungsanflug betreffend Tramverbindung Margarethenstich

07.5297.01

Politikplan 2008 – 2011 / Kapitel 5.3 Aufgabenfelder / Öffentlicher Verkehr, WSD 6.4 / Projekte und Vorhaben

Eine rasche Realisierung der Tramverbindung via Margarethenstich ist anzustreben um aus dem Leimental eine schnelle und direkte Verbindung zum Bahnhof SBB zu schaffen.

Begründung:

Heute gibt es wohl eine Tramverbindung aus dem Leimental zum Bahnhof SBB, doch führt diese über die Innenstadt. Mit dem Ausbau des Bahnhofs SBB und der Bahn 2000 haben die Passagierzahlen aus dem Leimental zum Bahnhof zugenommen. Um die Fahrt zum Bahnhof attraktiver zu machen drängt sich die direkte Tramverbindung via Margarethenstich, von der Tramlinie in der Talsohle zur Margarethenstrasse, auf. Damit verkürzt sich der Weg zum Bahnhof um über 5 Minuten. Diese Verbindung hat ein hohes Kosten-/Nutzen-Verhältnis, denn sie kann mit verhältnismässigem Bauaufwand rasch realisiert werden. Nachdem auch Basel-Landschaft an der Lösung Margarethenstrasse Interesse signalisiert hat, sollte die Realisierung in den nächsten fünf Jahren angestrebt werden.

Jörg Vitelli

#### c) Planungsanflug betreffend Realisierung einer wettkampftauglichen Schwimmhalle

07.5299.01

Dass es in Basel-Stadt um wettkampftaugliche und ganzjährig benutzbare Wasserflächen für den Breiten- und Spitzensport bei den Schwimmsportarten nicht zum Besten steht, ist nichts Neues. Dass dadurch die Schwimmfähigkeit eher abnimmt, ist daher nicht verwunderlich. Dass die meisten Schwimmsportarten sehr gesundheitsfördernd sind und ohne Verletzungsrisiko betrieben werden können, ist auch eine Tatsache. Trotz all dieser Merkmale hat der Schwimmsport ein grosses Problem, nämlich die hohen Kosten für die Realisierung und

den Unterhalt von solchen Sportstätten. Deshalb bitte ich Sie, den unten stehenden Planungsantrag an den Regierungsrat zu überweisen, damit dieser ihn im nächsten Politikplan 2009 - 2012 unter dem Aufgaben- und Ressourcenfeld Sport- und Bewegungsförderung ED 2.5 unter Projekte und Vorhaben aufnimmt.

Die Realisierung einer wettkampftauglichen Schwimmhalle, innerhalb der kommenden sechs bis acht Jahre, in der Region, aktiv voranzutreiben.

Ich will damit folgendes erreichen:

- Der Kanton Basel-Stadt soll sich aktiv für die Realisierung einer solchen Schwimmhalle engagieren.
- Die Realisierung kann mit verschiedenen Trägern und an einem geeigneten Standort, auch ausserhalb des Kantonsgebietes, stattfinden.
- Den Schlussfolgerungen im Schreiben 01.6897.03 der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Antrag Battegay und Konsorten betreffend Errichtung eines Schwimmzentrums auf dem Gelände der Sportanlage St. Jakob den gebührenden Nachdruck verleihen.

Dieter Stohrer

**d) Planungsantrag betreffend pädagogischer Unterstützung für Lehrpersonen**

07.5300.01

Das Basler Schulsystem ist im permanenten Umbruch, viele Reformen werden in Angriff genommen und die Schulstrukturen sollen harmonisiert werden. Das Ziel ist klar: Bessere Bildungschancen für alle SchülerInnen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, sind gute Unterrichtsbedingungen unabdingbar.

Um die Unterrichtsqualität zu gewährleisten, braucht es vor allem ein gut ausgebautes Angebot an pädagogischer und fachlicher Unterstützung für die Lehrpersonen. Dieses Angebot besteht im Moment nur ungenügend oder überhaupt nicht. Ursprünglich waren die Stufenrektorate für die pädagogische Unterstützung und Begleitung ihrer Lehrpersonen zuständig. Dieser Aufgabe können die Rektorate schon seit längerer Zeit nicht mehr nachkommen, da sie mit umfangreichen zusätzlichen Arbeiten wie Schulentwicklung, Administration etc. eingedeckt werden und personell unterdotiert sind.

Es existieren zwar Fachstellen für einzelne Fächer (Sprachen, Textil, Werken, Sport, Hauswirtschaft), doch wurden deren Stellenprozente entweder drastisch reduziert, oder die Stellen wurden schon mit ungenügender Stellendotation neu geschaffen. Diese Fachstellen bieten deshalb nicht die dringend nötige pädagogische und fachliche Unterstützung für die Lehrpersonen. Die Lehrerinnen und Lehrer „an der Front“ bleiben grösstenteils mit ihren Problemen allein, dies gilt für erfahrene Lehrpersonen und im besonderen auch für BerufsanfängerInnen.

Es braucht in allen Schulhäusern und Schulstufen ein gut ausgebautes fachliches und pädagogisches Unterstützungsangebot im Sinne von Fachinspektoraten, die die pädagogische Qualität sicherstellen und auch als Mentorats fungieren.

Aus diesem Grund soll der Politikplan im Aufgabenfeld 2.1. "Volksschulbildung" unter "politische Ziele" folgendermassen (oder sinngemäss) ergänzt werden:

"Die Lehrpersonen können in allen Schulhäusern und für alle Fächer auf ein gut ausgebautes Angebot an fachlicher und pädagogischer Unterstützung zurückgreifen".

Heidi Mück

**e) Planungsantrag betreffend Lehrstellenförderung junger Migrantinnen und Migranten**

07.5302.01

Für viele junge Erwachsene, welche ihre schulische Ausbildung abgeschlossen haben, ist es immer noch nicht einfach, eine Lehrstelle zu finden und sich in die Arbeitswelt zu integrieren. Der Lehrstellenmangel erschwert vielen Jugendlichen einen erfolgreichen Einstieg in die Berufsbildung.

Nach vorherrschenden Kenntnissen ist es für schulisch und sozial schwache Jugendliche am schwierigsten, eine Lehrstelle zu finden. Fachpersonen bestätigen, dass vor allem junge Leute mit einem Migrationshintergrund auf dem Lehrstellenmarkt deutlich benachteiligt werden. Sie müssen wesentlich grössere Anstrengungen unternehmen, um zu einem Ausbildungsplatz zu gelangen als ihre Schweizer Kolleginnen und Kollegen.

Kinder mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit befinden sich ungleich häufiger als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht, auf dem tiefsten Niveau des schweizerischen Bildungssystems.

Der Kanton Basel-Stadt hat im Jahre 2005 mit gutem Beispiel gezeigt, dass er gegen die Lehrstellenproblematik vorgehen will und hat in der Verwaltung mehrere Lehrstellen geschaffen.

Im Politikplan 2008-2011 setzt sich der Kanton beim Schwerpunkt 4.5 "Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" zum Ziel, dass er die Jugendarbeitslosigkeit in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft in den kommenden Jahren senken will, damit die Jugendlichen in unserem Kanton eine ihren Möglichkeiten entsprechende berufliche

Ausbildung erhalten.

Die Integration junger Menschen und speziell auch junger Migrantinnen und Migranten soll deshalb vorangetrieben werden, denn der einfachste und schnellste Weg zur Sozialisation der Jugendlichen ist die Berufsbildung.

Weiter wird im Politikplan 2008-2011 im Aufgabenfeld 2.2 "Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung" unter den politischen Zielen erwähnt, dass alle Jugendliche die gleichen Bildungschancen, unabhängig von Geschlecht und sozialer oder kultureller Herkunft haben sollen. Es ist der Anzugsstellerin aber bekannt, dass in der Berufsbildung leider keine "faktische" Chancengleichheit herrscht.

Obwohl sich der Politikplan auch zum Ziel gemacht hat, dass die fremdsprachigen Bewohnerinnen und Bewohner in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens integriert sind (S. 76 Politikplan 2008-2011), ist die Anzugsstellerin der Meinung, dass das versteckte Potenzial der Migrantinnen und Migranten viel zu wenig genutzt wird.

"Wer keine Chance erhält, hat auch keine Möglichkeiten, sich zu bewähren. Und es gibt viele jugendliche Migrantinnen und Migranten, die sich bewähren wollen und auch werden!"

Die Anzugsstellerin beantragt deshalb, den Politikplan mit folgenden politischen Zielen zu ergänzen:

1. Der Kanton engagiert sich verstärkt in der Lehrstellenförderung, bei Beratungsangeboten für Lehrbetriebe und im Case Management.
2. Der Kanton bemüht sich in der kantonalen Verwaltung noch mehr Lehrstellen für SchulabgängerInnen mit Migrationshintergrund zu schaffen.

Sibel Arslan

**f) Planungsantrag betreffend Kapitel 4.3 "Stadtwohnen"**

07.5301.01

Im Politikplan 2008-2011 ist auf Seite 34 in der Rubrik 4.3 "Stadtwohnen" u.a. festgehalten, dass der Regierungsrat zur Verbesserung des städtischen Wohnangebotes der "Umstrukturierung des Baubestands" zentrale Bedeutung zumisst und dass er zu diesem Zweck "bestehende Anreize wie die Förderung von Wohnungszusammenlegungen nicht nur weiter führen sondern auch neue Anreize wie z.B. Dachausbauten prüfen" wolle.

Wie bereits im Politikplan 2007-2010 fehlt an dieser Stelle im Vergleich zur Fassung 2006-2009 der Satz "Gesetzliche Regelungen in diesem Bereich möchten wir im Sinne einer Deregulierung kritisch hinterfragen". Zudem wurde im aktuellen Politikplan ein weiterer Satz gestrichen, welcher im letzten Politikplan noch enthalten war: "Ausserdem planen wir, den extrem tiefen Eigentumsanteil von knapp über 10% markant zu erhöhen".

Diese Entwicklung ist unverständlich. Dies einerseits, weil der Grosse Rat am 11. Januar 2006 meinen Antrag 05.8428.01 betreffend Förderung von grossem Wohnraum dem Regierungsrat zur Beantwortung überwies. Andererseits, weil der Regierungsrat bereits letztes Jahr in Beantwortung des Planungsantrages 06.5329.02 von Claude Beranek, der auf diese Ungereimtheit hinwies, erklärte, es sei "weder Meinung noch Absicht des Regierungsrates, mit der veränderten Formulierung im Kapitel 4.3 "Stadtwohnen" im Politikplan 2007-2010 eine inhaltliche Neuausrichtung zum Thema 'Wohnen in der Stadt' vorzunehmen". Der Regierungsrat versprach, "für die Fassung des Politikplans 2008-2011 wieder auf die alte Formulierung zurückzugreifen, um so den vermuteten Rückschritt oder die materielle Differenz zu korrigieren".

Aus diesem Grund wird der Regierungsrat nochmals gebeten, in der Rubrik 4.3 "Stadtwohnen" des Politikplans bei den vorgesehenen Massnahmen die frühere Formulierung des Politikplans 2006 - 2009 wieder aufzunehmen. Diese lautet: "Anreize zur Bestandesveränderung: Bei über 100'000 bestehenden Wohnungen und wenig ungebaut verbliebenen Flächen insgesamt, kommt der Umstrukturierung des Baubestandes zentrale Bedeutung für die Verbesserung des städtischen Wohnangebotes zu. Dafür wollen wir bestehende Anreize wie die Förderung von Wohnungszusammenlegungen nicht nur weiter führen, sondern auch neue Anreize wie z.B. Dachausbauten prüfen. Gesetzliche Regelungen in diesem Bereich möchten wir im Sinne einer Deregulierung kritisch hinterfragen. Ausserdem planen wir, den extrem tiefen Eigentumsanteil von knapp über 10% markant zu erhöhen".

Emmanuel Ullmann

## Motion

**a) Motion betreffend verbindlicher Einführung des Minergie-P-Standards für sämtliche Neubauten**

07.5295.01

Der Minergie-P-Standard entspricht dem heutigen Standard für energetisch optimiertes Bauen. Er bringt eine deutliche Senkung der Energieverschwendung und stellt die langfristig effizienteste Massnahme zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses dar. Die Minergie-Zertifizierung wird erst erteilt, wenn nachgewiesen ist, dass die Mehrkosten des energetisch optimierten Gebäudes gegenüber einem konventionellen Bau nicht höher sind als 15 %. Der Bundesrat stellt sich auf den Standpunkt, die Einführung solcher Baustandards sei Sache der Kantone.

Die Unterzeichnenden beauftragen den Regierungsrat, dem Grossen Rat die nötigen gesetzlichen Änderungen vorzuschlagen, damit ab 2010 sämtliche Neubauten den Minergie-P- oder einen vergleichbaren Standard erfüllen müssen.

Beat Jans, Roland Engeler-Ohnemus, Anita Lachenmeier-Thüring, Helmut Hersberger, Heidi Mück, Peter Howald, Markus G. Ritter, Jörg Vitelli, Patrizia Bernasconi, Thomas Baerlocher, Andrea Bollinger, Urs Joerg, Guido Vogel, Stephan Maurer, Hansjörg M. Wirz, Loretta Müller, Jürg Stöcklin, Christoph Wydler, Michael Wüthrich, Christian Egeler, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Brigitte Strondl

## Anzüge

**a) Anzug betreffend spezielle Phase für Fussgänger bei Lichtsignalanlagen**

07.5290.01

Durch die Medien wurde die Öffentlichkeit vor einiger Zeit in Kenntnis gesetzt, dass in Deutschland ein 11-jähriger Knabe auf dem Fussgängerstreifen bei einer Lichtsignalanlage, durch ein rechtsabbiegendes Motorfahrzeug, für welches die Anlage gleichzeitig für die Fussgänger auf Grünlicht schaltete, auf dem Fussgängerstreifen überfahren und tödlich verletzt wurde.

Infolge ständig zunehmenden Motorfahrzeugverkehrs erscheint es als notwendig, dieser Unfallgefahr auch in unserem Kanton mit höchster Priorität entgegen zu treten.

Dabei wird des öfters bei Lichtsignalanlagen ohne spezielle Phase für die Fussgänger festgestellt, dass dadurch die prekären Situationen entstehen. So sind beispielsweise die nachfolgenden Fahrzeuge wegen eines rechts/links Abbiegenden gezwungen, plötzlich brüsk abzubremsen, weil ältere Personen, teils sogar gehbehinderte, auf dem Fussgängerstreifen nur langsam die Fahrbahn überqueren können. In der Folge kommt es oft zu Auffahrkollisionen.

Zudem sind die Fussgängerphasen für ältere und gehbehinderte Personen im Allgemeinen zu kurz eingestellt. Aufgrund dieser Tatsachen wird die Regierung gebeten zu prüfen und zu berichten;

- wie viele Unfälle sich infolge rechts/links abbiegender Fahrzeuge bei Verkehrsampeln, mit gleichzeitiger Grünphase für den Fahrzeugverkehr und Fussgänger, in unserem Kanton ereignet haben
- ob nicht generell, infolge erheblicher Zunahme des Motorfahrzeugverkehrs, zu Gunsten von Kindern, älteren und invaliden Personen eine spezielle Fussgängerphase bei Lichtsignalanlagen programmiert werden muss, um solchen schwerwiegenden Unfällen vorzubeugen.

Rolf Janz-Vekony

**b) Anzug betreffend Stärkung des Quartierzentrums Riehen Niederholz**

07.5292.01

Neben dem Dorfkern ist die Achse Rauracherstrasse (zwischen der Bäumlhofstrasse und dem Bahndamm) das zweite wichtige Zentrum der Gemeinde Riehen. Die Gemeinde Riehen beabsichtigt (s. Richtplan) dieses (Quartier)Zentrum in den nächsten Jahren zu stärken. Mit ihrer Zustimmung zum Bau der S-Bahnstation Niederholz haben das Kantonsparlament und das Riehener Gemeindeparlament richtungweisende Entscheide zur Stärkung dieses Zentrums gefällt. Die neben der S-Bahnstation geplante Zentrumsbebauung wird zu einer weiteren Aufwertung der Achse Rauracherstrasse führen.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie er (als Grundeigentümer) die von der Gemeinde Riehen angestrebte Zentrumsbildung an der Rauracherstrasse (weiter) unterstützen kann<sup>1</sup>.

Insbesondere bitten sie den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- wie die Gestaltung der Rauracherstrasse bei der anstehenden Sanierung an die neuen Anforderungen (S-Bahnstation) angepasst werden kann
- wie das Parkregime auf der Rauracherstrasse auf die neuen Bedürfnisse abgestimmt werden kann (Schaffung eines Carsharing-Parkplatzes sowie von Kiss-and-Ride-Parkplätzen, Bewirtschaftung der Parkplätze mit Priorität für Anwohnende und Kundschaft der Dienstleistungsbetriebe)
- ob die Höchstgeschwindigkeit den neuen Verhältnissen (Begegnungszone Niederholz<sup>2</sup>) angepasst werden kann
- ob die heutige Lage der Bushaltestelle Niederholz Bahnhof im Hinblick auf eine optimale Verknüpfung mit der S-Bahnhaltestelle auch weiterhin als sinnvoll erachtet wird
- ob er seinen Einfluss geltend machen kann, damit die deutsche Buslinie 7301 Rheinfelden - Lörrach künftig auch die Haltestelle Niederholz Bahnhof bedient
- ob die geplante Busverbindung Basel - Grenzach über die Haltestelle Niederholz Bahnhof geführt werden kann
- ob er bereit ist, bei den IWB darauf hinzuwirken, dass die Trafostation schräg vis-à-vis der neuen S-Bahnstation so verlegt wird, dass diese Parzelle einer zentrumsbildenden Nutzung zugeführt werden kann.

<sup>1</sup> Richtplan Riehen, 2003: Das Zentrum Niederholz entwickelt sich zu einem attraktiven Quartierzentrum weiter.

<sup>2</sup> Vgl. Richtplan Riehen, 2003

Roland Engeler-Ohnemus, Michael Martig, Annemarie Pfeifer, Guido Vogel, Heinrich Ueberwasser, Thomas Grossenbacher

**c) Anzug betreffend genossenschaftlichen Wohnungsbau auf dem Schoren-Areal**

07.5293.01

Im Ratschlag Nr. 05.1445.01 betreffend Realisierung des Projekts "Neunutzung Hafen St. Johann - Campus Plus" wird im Kapitel 8 erläutert, dass als Kompensation für den an der Elsässer-/Hünigerstrasse wegfallenden Wohnraum (70 Wohnungen) Novartis dem Kanton die Parzellen 508 (Schorenweg 35) und 1364 (Schorenweg 36) zum Kauf anbietet. Gemäss Ratschlag räumt der Kanton der Novartis für das Bürogebäude am Schorenweg 35 ein Nutzungsrecht bis ins Jahr 2012 ein. Das Areal umfasst eine Fläche von rund 38'500 m<sup>2</sup>. Weiter wird festgehalten, dass Novartis bereit ist, den unbebauten Westteil der Parzelle 508 von rund 10'500 m<sup>2</sup> rascher zu veräussern unter der Bedingung, dass für das Gesamtareal eine einvernehmliche Lösung mit entsprechenden Zusagen für eine optimale Bebauung resp. Zonenplanänderung seitens des Kantons besteht. Inzwischen sind die Parzellen an der Hüniger- und Elsässerstrasse aus dem Finanzvermögen des Kantons an die Novartis verkauft worden und die Kommunalbauten aus den Fünfzigerjahren wurden abgerissen.

Durch die Zusicherungen im Ratschlag haben gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsträger ihr Interesse bekundet, auf dem Schoren-Areal Familienwohnungen zu realisieren. Eine Überbauung in diesem Sinne liegt auf der Hand, hat doch das Hirzbrunnen- und Schoren-Quartier traditionell viele Genossenschaftswohnungen. Diese haben bis heute eine positive Ausstrahlung auf die Stadt. Dies gilt es fortzusetzen.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- ob der Kanton, gemäss Ratschlag, das Schoren-Areal erwerben kann, um es danach im Baurecht für den Wohnungsbau weiterzugeben
- ob das Schorenareal dem genossenschaftlichen Wohnungsbau zugesprochen werden kann
- ob für die Realisierung dieses Wohnungsbaus unter gemeinnützigen Wohnungsträgern eine Ausschreibung gemacht werden kann
- ob ein Etappierungsplan umgesetzt werden kann, damit möglichst bald Wohnungen gebaut werden können.

Christine Keller, Jörg Vitelli, Martin Lüchinger, Hans Baumgartner, Bruno Suter, Mustafa Atici, Thomas Baerlocher, Peter Howald, Philippe Pierre Macherel, Tobit Schäfer, Francisca Schiess, Doris Gysin

**d) Anzug betreffend Energiegewinnung aus dem Abwasser der Kanalisation**

07.5294.01

Täglich verbraucht jede Person durchschnittlich 160 Liter Wasser. Der grösste Teil davon wird in unserer Region bei einer Temperatur von 15-20 Grad einer Kläranlage zugeführt. Diese Restwärme in den Kanalisationsrohren könnte noch zur Energiegewinnung genutzt werden.

Die Technik dazu ist sehr einfach und seit 20 Jahren erprobt. Herzstück bilden ein Wärmetauscher, welcher dem Abwasser Energie entzieht, und eine Wärmepumpe, welche dank der relativ hohen Abwassertemperatur - selbst im Winter über 10 Grad - mit einer vergleichsweise hohen Effizienz betrieben werden kann. So können dem Abwasser hunderte von Kilowatt Wärmeleistung entzogen werden. Auf diese Weise sind grosse, bis jetzt ungenutzte Energiemengen zu gewinnen und der CO<sub>2</sub>-Ausstoss kann mit einem System, das bei anhaltend steigenden Energiepreisen täglich wirtschaftlicher wird, reduziert werden.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

1. ob und wenn ja, welche Einsatzmöglichkeiten er für diese umweltfreundliche Energiegewinnung auf dem Gebiet des Kantons Basel-Stadt für Private und die öffentliche Hand sieht?
2. in welcher Weise er diese umweltfreundliche Energiegewinnung auf dem Kantonsgebiet fördern und Anreize für Private schaffen könnte
3. ob der Kanton selber (z.B. im Rahmen der Sanierung des öffentlichen Kanalisationsnetzes) ein entsprechendes (Pilot)Projekt realisieren kann.

Guido Vogel, Roland Engeler-Ohnemus, Jan Goepfert, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Isabel Koellreuter, Hermann Amstad, Esther Weber Lehner, Bruno Suter, Philippe Pierre Macherel, Doris Gysin, Tobit Schäfer, Hans Baumgartner, Jürg Meyer, Beat Jans, Maria Berger-Coenen, Noëmi Sibold, Michael Martig, Gülsen Oeztürk, Dominique König-Lüdin, Beatriz Greuter, Peter Howald, Brigitte Hollinger, Sabine Suter, Hasan Kanber, Brigitte Strondl, Jörg Vitelli, Greta Schindler, Andrea Bollinger, Thomas Grossenbacher, Urs Joerg, Heinrich Ueberwasser, Urs Müller-Walz, Stephan Maurer, Christoph Wydler, Peter Zinkernagel, Jürg Stöcklin, Urs Schweizer, Rolf Stürm, Rolf Häring, Christian Egeler

**Interpellationen****a) Interpellation Nr. 94 betreffend Flohmarkt auf der Kaserne - einfach weg**

07.5298.01

Die Kaserne mit dem dazugehörenden Hof und der Rasenfläche ist ein wichtiger Ort des Kleinbasels, ein Ort der Begegnung. Ob jung oder alt, Schweizer oder Ausländer: man trifft sich bei der Kaserne - auch ausserhalb der kulturellen Veranstaltungen, die dort in regelmässigen Abständen stattfinden.

Bis vor kurzem hat es auf dem dortigen Areal auch einen Flohmarkt gegeben, der Samstag für Samstag eine Vielzahl von Flohmarkt-Fans angelockt hat. Jetzt gibt es diesen Flohmarkt nicht mehr - leider. Grund dieser Abschaffung ist auch die Tatsache, dass das Kasernen-Flohmarkt-Angebot respektive die Anbieter sich geändert haben. Immer mehr Händler erhielten für den „Flohmi“ die Bewilligung, ihre elektronischen Geräte zu verkaufen. So verlor der Flohmarkt in den letzten Jahren ein wenig seinen Charme. Nichtsdestotrotz war der etwas andere „Flohmarkt“ gut besucht. Nun aber dürfen die Flohmarkt-Fans nicht mehr im unteren Kleinbasel auf die Suche nach Gebrauchsgütern gehen. Ohne wirkliche Begründung - und ohne eine offizielle Unterschrift auf dem offiziellen Schreiben seitens des Baudepartements - wurden den Betreibern die Bewilligung für den Flohmarkt auf dem Kasernenareal entzogen. Das Kleinbasel verliert damit ein weiteres Markenzeichen, das dieses so lebendige Quartier auszeichnet.

Dass die Marktfahrer in Basel einen schweren Stand haben, manifestierte sich in der Vergangenheit bereits bei Standvergaben an der Herbstmesse oder auch auf dem Marktplatz. Man wird manchmal den Eindruck nicht los, dass lieber etwas Exquisites, Auswärtiges auf den Messe-/Marktplätzen am Rheinknie präsentiert werden soll statt einheimischen Waren. Marktfahrer, die jahrelang ihren Standplatz haben, aus der Region stammen und auch in der Region ihre Produkte herstellen, haben plötzlich keine Daseinsberechtigung mehr. Deshalb fordere ich, dass der Markt - ob Flohmarkt, Herbstmesse oder Märt auf dem Marktplatz - wieder zu dem wird, was er einmal war: ein Markt mit regionalen Produkten von regionalen Anbietern. Dies würde dem Markttreiben sicherlich wieder in seiner Vielfalt Auftrieb geben. Lieber ein Gemüse aus dem Elsass als irgendein Pseudo-Bündner-Berghüttli von einer Eventfirma, der es einzig und allein darum geht, viel zu verdienen. Bei den regionalen Anbietern geht es um mehr als das.

Deshalb die Frage an die Regierung: Wie wird das Marktwesen künftig organisiert? Wie sind die Verantwortlichkeiten geregelt und sind die Bestimmungen / Auflagen für Märkte transparent? Und was passiert mit der verwaisten Stelle von Beat Wüthrich, Leiter des Büros Messen und Märkte. Wird diese neu besetzt? Und falls ja, sind die Aufgaben dieselben oder werden die Messen-Märkte-Aufgaben innerhalb des Departements neu verteilt?

Peter Jenni

**b) Interpellation Nr. 95 betreffend Quellensteuer**

07.5304.01

Im Ausland wohnhafte Personen unterliegen für Einkünfte, die sie aus Tätigkeiten oder Veranstaltungen im Kanton Basel-Stadt beziehen, einer Quellensteuer mit Doppelbesteuerungs-Vorbehalt.

Dazu gehören Künstler (wie Bühnen- und Fernsehkünstler, Artisten, Tanzgruppen), Sportler (an Tennis-, Fussballturnieren usw.) und Referenten.

Dies erscheint einmal aus Gründen der Steuergerechtigkeit als angemessen, auch gegenüber inländischen Anbietern.

Unklar ist die Situation bezüglich auswärtiger Schausteller mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland. Für manche ist die Basler Herbstmesse eine, wenn nicht *die* Haupteinnahmequelle im Geschäftsjahr. Wenn sie hier keine Steuern entrichten, verfügen sie im hart umkämpften Markt um Standplätze über erhebliche Wertbewerbsvorteile. Die Vergabe von Standplätzen ist bekanntlich ein Politikum.

Der Unterzeichnete bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist die Aufzählung im Steuergesetz bezüglich der der Quellensteuer unterliegenden natürlichen und juristischen Personen abschliessend?
2. Wenn ja, war dies vom Gesetzgeber gewollt, und - wenn ein solcher Wille nicht feststellbar ist - wodurch erscheint diese Aufzählung gerechtfertigt?
3. Ist der Regierungsrat im Übrigen ebenfalls der Ansicht, eine allfällige hierorts bestehende Steuerbefreiung (unter DBA-Vorbehalt) von Schaustellern führe zu einer Wettbewerbsverzerrung zulasten hiesiger oder ausserkantonaler inländischer Anbieter von Schaustellerdienstleistungen?
4. Ist der Regierungsrat gewillt, in dieser Sache etwas zu unternehmen und wenn ja, was?

Rolf Jucker

**c) Interpellation Nr. 96 betreffend Änderung des Linien- und Erschliessungsplans (Verkehrsflächenänderung) an der Rosentalstrasse 9-13 / Mattenstrasse, öffentliche Planaufgabe und Publikation vom 31.10.2007**

07.5309.01

Mit Datum vom 31.10.2007 hat das Baudepartement die öffentliche Planaufgabe betreffend die Änderung der Bau- und Strassenlinien, und zur Gestaltung der Allmend an der Rosentalstrasse 9-13 / Mattenstrasse im Kantonsblatt veröffentlicht. Eine „Festsetzung von Bau- und Strassenlinien“ sowie eine „Inanspruchnahme von Allmend“ waren bereits Teil des Grossratsbeschlusses zur Planung des Bürogebäudes an der Rosentalstrasse, wogegen im September 2002 das Referendum erfolgreich ergriffen wurde. Kurz, die Stimmbevölkerung hat diesen Beschluss, den der Regierungsrat dem Grossen Rat vorlegte, klar abgelehnt.

Nun, 5 Jahre später, wird eine neue Planung „durch die Hintertür“ ins Spiel gebracht. In einem lakonischen Communiqué des Baudepartements wird auf formalistische Gründe hingewiesen. Über den Ausgang der Volksabstimmung und über die Motion Jans wird kein Wort verloren. Dem steht entgegen, dass der Grosse Rat mit der Überweisung dieser Motion dem Regierungsrat den klaren Auftrag gegeben hat, jenen planerischen Zustand wiederherzustellen, der den Erhalt der Rosenthalhäuser ermöglicht. Dazu braucht es keine Veränderung der Bau- und Strassenlinie.

1. Aus welchen Gründen werden neue Bau- und Strassenlinien, Allmendparzelle, Gestaltung der Allmend veröffentlicht? Welche Planung beabsichtigt der Regierungsrat?
2. Wie begründet der Regierungsrat die Veröffentlichung, obwohl durch das Referendum die veränderten Bau- und Strassenlinien und die Verleihung von Allmendrechten klar abgelehnt worden sind?
3. Wieso publiziert der Regierungsrat diese Änderung, anstelle sie dem Grossen Rat vorzulegen, so wie er dies im 2002 bereits einmal gemacht hat?
4. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass durch diese neue Planaufgabe nicht nur die planerische, sondern auch die rechtliche Situation noch mehr verkompliziert wird? Steht vielleicht dahinter die Absicht, die Mieterschaft der Rosenthalhäuser durch die Beteiligungen an Einsprachen verfahrensmüde zu machen?
5. Wieso verlangt das Tiefbauamt (zusammen mit weiteren Ämtern innerhalb des Baudepartements) die Sistierung eines seit 5 Jahren hängigen Gerichtsverfahrens zur Frage des generellen Baubehrens - um kurz darauf eine Planaufgabe mit dem Inhalt „neue Bau- und Strassenlinien, Allmendparzelle, Gestaltung der Allmend“ zu veröffentlichen?
6. Wann wird der Regierungsrat die Umsetzung der Motion Jans (Erhalt der Rosenthalhäuser) dem Grossen Rat vorlegen?
7. Wie will der Regierungsrat zum jetzigen Zeitpunkt garantieren, dass die jetzt beabsichtigte Änderung der Bau- und Strassenlinien etc. bei der späteren, zwingenden Umsetzung der Motion Jans wieder „zurückgeändert“ wird?

Patrizia Bernasconi



**d) Interpellation Nr. 97 betreffend Wohnareal Schoren**

07.5310.01

Mit der Verabschiedung des Ratschlages betr. Realisierung des Projekts „Neunutzung Hafen St. Johann – Campus Plus“, Novartis Campus, wurde als Ersatz für verlorenen Wohnraum Ecke Elsässer- / Hünningerstrasse das Areal Schoren der Novartis als Ersatz eingeplant. Im damaligen Ratschlag heisst es:

Einem geboten, wobei der Kanton oder der Investor der Novartis für das Bürogebäude am Schorenweg 35 ein Nutzungsrecht bis ins Jahr 2012 einräumt.

Insgesamt umfasst dieses Areal eine Fläche von rund 38'500 m2. Novartis ist bereit, den unbebauten Westteil der Parzelle 508 von rund 10'500 m2 rascher zu veräussern unter der Bedingung, dass für das Gesamtareal eine einvernehmliche Lösung mit entsprechenden Zusagen für eine optimale Bebauung resp. Zonenplanänderung seitens des Kantons besteht.

Der Kanton unterstützt Novartis bei der Erarbeitung eines neuen, wenn möglich etappierten Bebauungsplans, so dass der im St. Johann wegfallende Wohnraum per saldo mindestens kompensiert werden kann. Dieses Vorhaben wird dem Grossen Rat bis Ende 2007 als separater Ratschlag unterbreitet.

Zwischen Novartis und Kanton ist in den letzten Monaten ein solcher Bebauungsplan ausgearbeitet worden. Dabei stellen sich die folgenden Fragen, zu denen der Regierungsrat um Auskunft angefragt wird:

1. Wie wird bei der Erarbeitung dieses Bebauungsplanes die Mitwirkung der Quartierbewohner gemäss § 55 der Kantonsverfassung sichergestellt?
2. Wie werden die Bedürfnisse des Quartiers betr. gemeinschaftlicher Räume in der Bebauung aufgenommen und für einen Investor verbindlich gemacht?
3. Wie wird die typische Quartierbebauung, die einerseits Hochhäuser und andererseits Einfamilienhäuser enthält, im Bebauungsplan aufgenommen und damit der Quartiercharakter bewahrt?
4. Wie wird eine Etappierung einer Bebauung sichergestellt, die es auch für verschiedene Investoren, insbesondere auch Genossenschaften, interessant machen kann, sich an der Überbauung zu beteiligen?

Urs Joerg

**e) Interpellation Nr. 98 betreffend Ausstellen der Skulptur „Luminator“ in der Schalterhalle des Bahnhofs SBB während der ART Basel und Euro 08**

07.5311.01

Der Basler Künstler Jean Tinguely hat 1991 seine letzte Grossplastik (24 Meter Länge, bestückt mit 500 Lampen), den „Luminator“ für die Schalterhalle des Bahnhofs SBB geschaffen. Bis 1998 war der „Luminator“ dort zu sehen. Nach dem Abmontieren wurde das Kunstwerk nur noch zwei Mal öffentlich gezeigt: Im Bahnhof Leipzig und im Tinguely Museum, jeweils mit grossem Publikums-Erfolg.

Die ART Basel und die EURO 08, welche unmittelbar nacheinander Hunderttausende Besucher nach Basel ziehen, stellen ideale Anlässe dar, das Kunstwerk wieder im Bahnhof SBB auszustellen – als Hinweis auf die Kulturstadt Basel.

Gemäss einem Kostenvorschlag des Museums Tinguely sind für die Installation und die Deinstallation des Kunstwerks CHF 130'000.- aufzuwenden. Die Eigentümerschaft des „Luminators“ ist mit einer Ausleihe einverstanden.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

Wird eine Ausstellung des „Luminators“ während der Dauer der ART Basel und der EURO 08 im Bahnhof SBB von der Regierung befürwortet?

Ist die Regierung bereit, die SBB zu ersuchen, die notwendige Einwilligung für eine Installation zu geben?

Ist die Regierung bereit, für die benötigte Finanzierung aus dem Event-Budget der EURO 08, dem Lotteriefonds oder aus anderen Quellen zu sorgen?

Heiner Vischer

**f) Interpellation Nr. 99 betreffend die Bewilligungspraxis für Mobilfunkanlagen: Erweiterung der Antennenkapazität auf dem Dach eines Altersheimes**

07.5312.01

Auf dem Dach des Alters- und Pflegewohnheims „Falkenstein“ (Dornacherstrasse 300 / Falkensteinerstrasse 30), welches dem Bürgerspital gehört, will Orange Communications SA die bereits bestehende mittelstark strahlende Mobilfunkantenne erweitern. Die Bedingungen rund um die bereits bestehende GSM-/UMTS-Antennenanlage haben sich allerdings in jüngster Zeit vollständig verändert. Nebst dem neuen Altersheim (früher Coop) sind eine Wohnüberbauung und ein öffentlicher Quartierpark mit Begegnungszone und Kinderspielplatz entstanden. Des

Weiteren wurde ein zweiter Kindergarten an der Arlesheimerstrasse eröffnet. Das Wohnumfeld wurde stark aufgewertet. Die geplante Erweiterung der Antennenanlage widerspricht den Bemühungen zur Wohnumfeldaufwertung.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Stellt die Baubewilligungspraxis wie sie für die Errichtung und Erweiterung von Mobilfunkantennen gilt, nicht einen Widerspruch zu den Bemühungen der Wohnumfeldaufwertung dar?
2. Gilt das Moratorium, welches für Spitäler und Schulen gilt, auch für Alters- und Pflegeheime?
3. Werden ästhetische Kriterien bei einer Häufung von Antennenanlagen auf kleinem Raum in der Bewilligungspraxis berücksichtigt?
4. Kann mit einer einmaligen Abnahme-Messung und angekündigten Prüfmessungen der neu erstellten Mobilfunk-Anlagen überhaupt sichergestellt werden, dass die Grenzwerte dauerhaft eingehalten werden oder sollten Prüfmessungen nicht besser unangekündigt erfolgen und bei Ungenügen rechtliche Sanktionen nach sich ziehen?

Sibylle Benz Hübner

**g) Interpellation Nr. 100 betreffend Fahrverbot für die BVB-Linien 14 und 36 während der Euro08-Spiele**

07.5313.01

Die bevorstehende Euro 08 ist für Basel ein höchst erfreuliches Grossereignis, das unserer Stadt und der Region sehr viel bringen wird. Es ist deshalb gut und begrüssenswert, wenn wir alles daran setzen, ein optimaler Gastgeber für die Euro08 zu sein. Zu unseren Gastgeberpflichten gehört (deklariert!) auch ein gutes ÖV-Angebot.

Die BVB ist dafür bekannt, dass sie bei Grossveranstaltungen im St. Jakob-Park mit der Tramlinie 14 und der Buslinie 36 den An- und Abtransport der Besucherinnen und Besucher bestens bewältigen kann. Dem Vernehmen nach soll nun auf Diktat der Organisatoren auf dieses Angebot der BVB verzichtet und für die Linien 14 und 36 vor, während und nach den Euro08-Spielen im Bereich St. Jakob ein Durchfahrtsverbot erlassen werden. Für normal denkende Baslerinnen und Basler ist dies ein Schildbürgerstreich par excellence.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Findet es der Regierungsrat richtig, dass der Betrieb der BVB-Linien 14 und 36 vor, während und nach den Basler Euro08-Spielen im Bereich St. Jakob eingestellt wird?
2. Wie viele Stunden vor und nach den Spielen soll dieses Fahrverbot für Trams und Busse dauern?
3. Auf welchen Umwegen sollen die Stammfahrgäste der Linien 14 und 36, welche auf diese Linien für die Fahrt zur oder von der Arbeit, zum Einkaufen oder aus anderen Gründen angewiesen sind, an ihr Ziel gelangen, wenn gleichzeitig auch noch die Innerstadt mit Rücksicht auf das Public Viewing für den ÖV gesperrt werden soll?
4. Trifft es zu, dass der Grund für dieses absurde Fahrverbot für die Linien 14 und 36 in erster Linie darin liegt, dass die Euro08-Organisatoren die Fläche, welche die BVB normalerweise rund ums Joggeli für ihren Fahrbetrieb beansprucht, optimal für Werbung und Sponsoring nutzen wollen?
5. Ist der Regierungsrat gewillt, etwas gegen ein Fahrverbot für die Tramlinie 14 und die Buslinie 36 rund um den St. Jakob-Park während der Basler Euro08-Spiele zu unternehmen?

Pius Marrer